

Pressemitteilung 24.01.2008

Studiengebühren-Zahltage - Jusos verurteilen Studiengebühren

Bis Ende dieses Monats müssen Studierende in Niedersachsen wie jedes Semester 500 Euro Studiengebühren an das Land überweisen. Grund genug für die Braunschweiger Jusos auf die aus ihrer Sicht unsoziale Politik der CDU-FDP-Landesregierung und auf die abschreckende Wirkung von Studiengebühren hinzuweisen.

„Wir brauchen in Niedersachsen mehr Studierende. Deshalb dürfen wir jungen Menschen, die studieren wollen, keine Hürden aufbauen“, sagte Juso-Chef William Labitzke.“ Die durch die CDU eingeführten Studiengebühren wirkten extrem abschreckend – besonders für Menschen aus einkommenschwachen Familien. Diese könnten die Gebühren oftmals nicht aufbringen. Als Folge dieser Politik seien die Studierendenzahlen rückläufig. Ohnehin hänge in Deutschland der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in keinem anderen Land der Europäischen Union. Resultat: Jungen Leute, die nicht studieren könnten, strömten auf den immer enger werdenden Ausbildungsmarkt. Deshalb fordern die Jusos Braunschweig die sofortige Abschaffung der Studiengebühren. Labitzke: „Wolfgang Jüttner wird die Studiengebühren direkt nach der Regierungsübernahme durch die SPD zurücknehmen.“ Schüler, Studierende und ihre Eltern müssten deshalb am 27. Januar SPD wählen, da es um ihre ureigensten Interessen gehe. Scharf kritisierte Labitzke Ministerpräsident Wulff. Dieser hatte Studierenden vorgeworfen, keine Studiendarlehen aufzunehmen. „Wulff treibt mit seiner Politik junge Menschen in die Schuldenfalle. Das ist verantwortungslos.“